



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-921 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.110/8-III/4/84

384/AB

10. Februar 1984

1984 -02- 13

zu 367/J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing. Fuchs, Maria Stangl und Genossen haben am 13. Dezember 1983 unter der Nr. 367/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend rapides Ansteigen der Arbeitslosenziffern gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wieso hat die Bundesregierung diese besorgniserregende Entwicklung bisher stillschweigend zur Kenntnis genommen?
2. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um zu verhindern, daß es tatsächlich im Jahre 1987 zu einer derartig hohen Arbeitslosenrate kommen wird?
3. Welche Arbeitslosenraten erwartet die Bundesregierung in den Jahren 1984, 1985, 1986 und 1987, getrennt nach den einzelnen Jahren?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus war und ist oberstes wirtschaftspolitisches Ziel der Bundesregierung. Seit dem Rezessionsjahr 1975 wurden die Bemühungen zur Sicherung einer ausreichenden Wirtschaftstätigkeit intensiviert. Dies ist die Ursache dafür, warum Österreich heute umso viel besser dasteht als andere Industrieländer. Mit

- 2 -

einer Arbeitslosenrate von 5,2 Prozent werden wir 1984 zu den Industrieländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit zählen. Länder, die von der Größenordnung mit Österreich vergleichbar sind, weisen wesentlich höhere Arbeitslosenziffern aus. So wird in Belgien nahezu jeder Fünfte arbeitslos sein, in den Niederlanden jeder Siebente und in Großbritannien jeder Achte. Die BRD erwartet eine Arbeitslosenrate von 9,5 Prozent, und die Prognosen für die USA weisen den gleichen Wert aus. Im Durchschnitt der Europäischen OECD-Länder liegt die Arbeitslosenrate mehr als doppelt so hoch als in Österreich.

In dieser im internationalen Vergleich äußerst günstigen Situation befinden wir uns nicht aus Zufall. Gerade die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zeigt, welche Anstrengungen die Bundesregierung unternommen hat, um möglichst vielen Menschen das Los der Arbeitslosigkeit zu ersparen. Im Jahr 1982 wurden zwei Beschäftigungsprogramme verabschiedet, deren Gesamteffekt auf die Arbeitslosenrate gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Im September 1983 wurde ein Maßnahmenpaket erarbeitet, das einerseits durch die damit erreichte Budgetkonsolidierung den konjunkturpolitischen Spielraum des Bundesbudgets für die künftigen Jahre gesichert und andererseits Maßnahmen zur kurzfristigen Wirtschaftsbelebung gesetzt hat. Hier sind in erster Linie die Abschaffung der Gewerbesteuer, die Verminderung der Vermögenssteuer für Unternehmen, die Gründung der Innovations-Agentur und des Umweltfonds, die Maßnahmen zur Betriebsansiedlung sowie das Sonderprogramm für die Schaffung von zusätzlich 10.000 Wohnungen zu nennen.

Diese konsequente Linie der Bundesregierung wurde bei der Regierungsklausur im Jänner 1984 fortgesetzt. Bei dieser Klausur wurden neben anderen investitionsfördernden Maßnahmen eine neue Investitions-Sonderprämie für Krisenregionen in der Höhe von 40 Prozent beschlossen.

Allein diese wenigen Hinweise zeigen, wie ernst die Bundesregierung die Sicherung der Beschäftigung nimmt. Die Bundesregierung wird auch weiterhin alles unternehmen, um die Arbeitsplätze zu sichern.

